

Meldungen

Sattelzugfahrer mit zwei Promille erpapt

Köselitz/Dessau-Roßlau (dpa) • Ein betrunkenere Sattelzugfahrer ist auf der A9 Schlanglinien gefahren und von der Polizei gestoppt worden. Der 42-Jährige sei auf einem Parkplatz zwischen Köselitz (Landkreis Wittenberg) und Klein Marzehns angehalten worden, berichtete die Autobahnpolizei. Bei einem Atemtest wurden 2,02 Promille festgestellt. Der Führerschein des Mannes wurde sichergestellt und ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Ein Autofahrer hatte die Polizei alarmiert, dass ein vor ihm fahrender Sattelzug in Schlanglinien fuhr.

Abgeordnete befragen Minister

Magdeburg (dapd) • Die Mitglieder der sachsen-anhaltischen Landesregierung sollen in künftigen Landtagssitzungen zu den Kabinettschritten befragt werden. Ab September soll diese Möglichkeit zunächst für ein halbes Jahr auf Probe eingeführt werden, teilte eine Landtagssprecherin gestern mit. Dies habe der Altestenrat entschieden. Für die Antworten sollen nicht mehr als drei Minuten eingeplant werden.

Mann fuhr gegen Baum und starb

Thale/Halberstadt (dpa) • Ein Autofahrer aus Nordrhein-Westfalen ist bei Thale im Harz tödlich verunglückt. Wie die Polizei in Halberstadt gestern mitteilte, war der 62-Jährige am Montag aus ungeklärter Ursache in einer Kurve geradeaus gefahren und ungebremst gegen einen Baum geprallt. Der Mann erlag noch an der Unfallstelle seinen schweren Verletzungen. Er war allein unterwegs.

B 184 : Umleitung wegen Reparatur

Zerbst (tdr) • Die B 184 wird ab der kommenden Woche zwischen Zerbst und Roßlau saniert. Die Mittelnaht bröckelt, stellenweise ist die Deckschicht beschädigt, die Fahrbahn sei von allen Sorten Rissen durchzogen, hieß es aus der Landesstraßenbaubehörde in Dessau. Der Verkehr in Richtung Magdeburg wird ab Roßlau weiträumig nach Zerbst umgeleitet. Der Verkehr in Richtung Dessau-Roßlau wird kontinuierlich durch die Baustelle geführt.

# Starke Zunahme extremistischer Straftaten

## Verfassungsschutzbericht vorgestellt

Die politisch motivierten Straf- und Gewalttaten aus dem rechten und dem linken Spektrum haben im vorigen Jahr deutlich zugenommen. Das geht aus dem gestern vorgestellten Verfassungsschutzbericht hervor.

Von Michael Bock Magdeburg • „Der Rechtsextremismus stellt nach wie vor eine große Bedrohung für die Demokratie dar“, sagte Innenminister Holger Stahlknecht (CDU). Im Jahr 2011 wurden ganz genau 1431 Delikte in der Kategorie „rechts“ erfasst. Das war ein Fünftel (22 Prozent) mehr als im Vorjahr.

Dabei stieg die Zahl der Gewalttaten um 15 Prozent (2010: 80 Delikte/2011: 92 Delikte). Aus dem Verfassungsschutzbericht geht hervor, dass Schwerpunkt der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten (bezogen auf 10 000 Einwohner) die Landkreise Jerichower Land und Stendal waren.

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Zahl der sogenannten subkulturell geprägten gewaltbereiten Rechtsextremisten auf 760 Personen - 2010 waren es noch 800. Allerdings: Die „Abgänge“ sind jetzt größtenteils in neonazistischen Gruppierungen aktiv, denen „zunehmend eine gewisse Gewaltorientierung“ zugeschrieben wird. Und: Mittlerweile sind Rechtsextremisten auch in der Rocker- und Hooganzene anzutreffen und auch dort bereit, Gewalttaten zu verüben. Dem Bericht zufolge ist der parteiübergreifende Rechtsextremismus im Wesentlichen von der NPD geprägt. Der Landesverband hat seit Jahren einen Mitgliederbestand von etwa

250 Personen. Den Angaben zufolge gingen die Aktivitäten der Partei nach dem verfehlten Einzug in den Landtag im Frühjahr 2011 „merklich zurück“. Der Landesverband fiel auf das Niveau der 1990er Jahre zurück.

Bund und Länder sammeln derzeit Material für die Prüfung eines möglichen NPD-Verbotsantrags.

Autonome Szene hat ihren Schwerpunkt in Magdeburg

Ein starker Anstieg ist bei politisch motivierten Straftaten von links zu verzeichnen. Diese nahmen um fast die Hälfte (47 Prozent) zu - auf zuletzt 385 Delikte (2010: 262 Delikte). Schwerpunkt der etwa 230 Menschen umfassenden Autonomen-Szene ist nach wie vor Magdeburg. Im Bericht heißt es: „Die Hemmschwelle der Autonomen gegenüber den bei Demonstrationen eingesetzten Polizisten ist weiter gesunken.“ Diese würden mittlerweile als „eigenständige Angriffsziele“ wahrgenommen.

Stichwort Islamismus: Laut Bericht sind in Sachsen-Anhalt „keine festgefügt Strukturen islamistischer Organisationen bekannt geworden“. Es gebe aber Hinweise auf hier lebende Personen, die strukturell in islamistische Gruppierungen in anderen Ländern eingebunden seien - etwa die „Nordkaukasische Separatistenbewegung“.

Thema Spionage: Nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer wecken das hohe wissenschaftliche und technische Know-how Sachsen-Anhalts Begehrlichkeiten: „Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage durch fremde Nachrichtendienste hält an.“ Hervorzuheben seien vor allem chinesische und russische Aktivitäten. Seite 5

Der Verfassungsschutz

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, Informationen zu sammeln und auszuwerten, die „gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung und den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes“ gerichtet sind. Die Verfassungsschutzbehörde

hat keine polizeilichen Befugnisse. Sie darf aber nachrichtendienstliche Mittel (Brief-, Post-, Telefonkontrolle) einsetzen. Auch der Einsatz von V-Leuten ist erlaubt. Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt der Kontrolle durch den Landtag.



## Sandauer Glocke schwebt zu Boden

Am Kran hängend ist die große der beiden Sandauer Kirchenglocken (Landkreis Stendal) gestern zu Boden geschwebt. Damit ist ein weiterer Schritt für den Wiederaufbau des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Kirchturms getan. Beide Glocken waren 1949 in den Schall-Luken der

Turmrüine aufgehängt worden. Um Glocken- und Dachstuhl und Turmspitze bauen zu können, mussten sie herausgenommen werden. Während die kleine Glocke auf der Geschoßebene bleibt, muss die große aufgearbeitet werden. Richtfest soll im September sein. Foto: A. Schröder

# „Keine Abweichler bei der CDU“

## Landtag soll morgen neuen Stasi-Landesbeauftragten wählen

Von Silke Janko Magdeburg • Die SPD-Fraktion geht fest davon aus, dass die Wahl der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen morgen im Landtag in der ersten Runde gelingt. Die Parlamentarische Geschäftsführerin Petra Grimm-Benne: „Wir haben gemeinsam mit CDU und Grünen eine klare Mehrheit und eine gute Kandidatin. Wir gehen daher davon aus, dass Frau Neumann-Becker nach einem Wahlgang als neue Landesbeauftragte feststeht.“



Birgit Neumann-Becker



Petra Grimm-Benne



André Schröder

Die Merseburger Kreisschulpfarrerin Birgit Neumann-Becker ist die Wunschkandidatin der SPD. Für die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit werden 70 Stimmen benötigt. Die Koalition aus CDU und SPD verfügt über 68 Stimmen. Die Grünen haben signalisiert, die Kandidatin mitzuwählen. Neumann-Becker ist Mitglied der Bündnisgrünen. Die Linke will die Kandidatin nicht mitwählen. CDU-Fraktionschef André Schröder wollte die Zahl von zehn angeblichen Abweichlern, die in geheimer Wahl die Kandidatin nicht mittragen wollen, nicht bestätigen. „Wir streben die Wahl von Frau Neumann-Becker an und wollen die lange Zeit der Sprachlosigkeit in diesem Amt beenden.“ Sie habe in der Fraktion insgesamt einen positiven Eindruck

hinterlassen. Schröder verwies darauf, dass die Fraktionsmitglieder eine abweichende Haltung vorab anzeigen müssten. Dies sei bisher nicht erfolgt.

„Anwaltschaft für Opfer“

Die SPD hatte im Vorfeld vor allem die Biografie von Neumann-Becker hervorgehoben, die die 48-Jährige für dieses Amt besonders qualifiziere. Sie war in den 80er-Jahren in der jungen Gemeinde in Halle aktiv, „in der man frei diskutieren konnte“, erzählt sie im Volkstimm-Gespräch. Die Erkenntnis, dass es nicht möglich sei, seine Meinung frei zu äußern, habe sie bereits als Abiturientin gewonnen.

Als sie 1982 den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ an ihre Kleidung trug, musste sie zu einem Gespräch zum Schuldirektor und zur Polizei. Ein Jahr später engagierte sie sich in der Gruppe „Frauen für den Frieden“ vor allem gegen die

zunehmende Militarisierung in der DDR, unter anderem gegen den Wehrkundeunterricht in Schulen und die Nachrüstung von SS-20-Raketen; später während ihres Theologiestudiums in Halle im Friedenskreis der evangelischen Studentengemeinde. Ab 1984 legt die Stasi einen operativen Vorgang über sie an, verhaftet und inhaftiert wurde sie nicht.

Ihr Motiv, sich für das Amt des Landesbeauftragten zu bewerben, liegt vor allem in der Beratung und Unterstützung der Opfer. „Es darf nicht sein, dass jene, die schwer gelitten haben, in Altersarmut geraten.“ Das Amt der Landesbeauftragten ist, so Neumann-Becker, eine Anwaltschaft für die Opfer. Auch in der Bildung will sie Impulse setzen. „Da haben wir einen großen Bedarf. Es kommt darauf an, wie das Thema angebracht wird. Es darf nicht vorrangig in Schuldzuweisungen und Vergleichen enden.“

## Privatschulen befürchten mehr Lehrerprobleme

Von Elisa Sowieja Magdeburg • Privatschulen im Land befürchten eine Verschärfung des Lehrermangels durch die geplante Schulgesetzänderung der Regierung. Konkret geht es um berufsbildende und bilinguale Schulen. Dort unterrichten teils Seiteneinsteiger - Personen ohne Lehrerausbildung, aber mit wissenschaftlichem Abschluss - oder Ausländer, die eine Lehrerausbildung in ihrem Land absolviert haben.

Bisher ist es so, dass Privatschulen dem Kultusministerium anzeigen, wenn sie solch einen Lehrer einsetzen und dieser ab dann bis zu einem endgültigen Bescheid unter Vorbehalt unterrichten darf. Nach den Änderungsplänen müssten die Schulen künftig ab dem Anzeigen sechs Monate warten, bis sie entsprechende Lehrer einsetzen dürfen.

Berlin ist Konkurrent fürs Land

„Das würde den Auftrag der freien Schulen im Bildungssystem gefährden“, klagt Jürgen Banse vom Verband Deutscher Privatschulen (VDP). Ein Problem sei, wenn im laufenden Schuljahr Lehrer länger ausfielen - etwa wegen Krankheit. Zudem hätten Berufsschulen Probleme, für einige Fächer geeignetes Personal zu finden. „In der Altenpfleger-Ausbildung etwa unterrichten Mediziner Anatomie, da es kaum Diplom-Medizin-Pädagogen gibt.“

Michael Kleinen, Leiter des Internationalen Gymnasiums Pierre Trudeau in Barleben, findet es „illusorisch, Lehrer aus dem Ausland sechs Monate hinzuhalten. „Wir konkurrieren mit Ländern wie Spanien und deutschen Städten wie Berlin. Sachsen-Anhalt überschätzt seine Attraktivität.“

Das Kultusministerium weist darauf, dass die Schulen nach den sechs Monaten Planungssicherheit hätten. Banse weist das zurück, denn danach gebe es zunächst auch nur eine Genehmigung unter Vorbehalt. Der Behörde zufolge macht die Art der Genehmigung hier keinen Unterschied: „Auch nach einem Bescheid ist ein Widerruf möglich.“ Zudem argumentiert sie, es handle sich bei Seiteneinsteigern nur um Ausnahmefälle. Wie viele derzeit im Land unterrichten, darüber lägen keine Zahlen vor. Banse schätzt, dass Seiteneinsteiger und ausländische Lehrer zusammen Hunderte ergeben. Heute werden VDP und andere dem Bildungsausschuss ihre Bedenken zum Gesetzesentwurf vortragen.

## Retter fordern Millionen Euro

Magdeburg (kt) • Mehr als 200 Mitglieder der Magdeburger Berufsewerber fordern für von 1996 bis 2006 geleistete Überstunden den Gehaltsnachzahlungen. Die Ansprüche der Kameraden belaufen sich auf rund sieben Millionen Euro. Der Magdeburger Ordnungsbürgermeister Holger Platz (SPD) bezeichnete die Angelegenheit in der jüngsten Ratssitzung als „großes Problem“. Während Städte wie Köln, Hamburg und Halle mit ihren Feuerweh-Besatzungen bereits Vergleiche geschlossen haben, steht eine Einigung in Magdeburg aus. Hintergrund ist ein bereits im Jahr 2005 ergangenes Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach die wöchentliche Obergrenze für Arbeitszeiten in ganz Europa inklusive Bereitschaftsdienst bei 48 Stunden liegt. Feuerwehler arbeiten bis dahin vielfach 54 Stunden in der Woche.

**BUSREISE**

## Stubaier Almabtrieb

mit Konzert der Amigos

22.09. – 25.09.2012

**Im Preis enthalten:**

- Haustürservice für Einzugsgebiet A
- Fahrt im modernen Reisebus
- 3x Übernachtung in einem guten, familiär geführten Hotel im Stubai/Wipptal in Zimmern mit DU/WC und TV
- Begrüßungsschnapsel
- 3x Frühstücksbuffet
- 2x Abendessen als 3-Gang Menü
- Eintritt Konzert der AMIGOS in Fulpmes (Kat. 1, reservierte Sitzplätze an Tischen)
- Besuch des Almabtriebs mit Live-Musik in Fulpmes inkl. Gondelfahrt zur Mittelstation
- Tagesausflug ins Stubaital und nach Sterzing

**Abonnentenvorteil:**  
1 CD der Amigos

Preis p.P./DZ  
**€ 379,-**

**Volkstimme**  
Leser-Reisen

Veranstalter: Vetter Touristik

Ausführliche Informationen zu dieser exklusiven Volkstimme Leser-Reise erhalten Sie telefonisch unter 01805 - 744890\* in den Service-Centern und Service-Punkten der Volkstimme sowie im Internet unter www.volkstimme.de/leserreisen. Fordern Sie auch unser kostenloses Informationsmaterial ab. \*4CL/Almabtrieb; Festnetz; Mobilfunk max. 42CL/Min.